

Nebeneinkünfte offenlegen

Grüne-Fraktion ist jetzt gläsern

Erfurt. (elo) Astrid Rothe-Beinlich und ihre fünf Kolleginnen und Kollegen der Grünen-Landtagsfraktion üben sich seit Kurzem in finanziellen Angelegenheiten in einer für Thüringer Volksvertreter unüblichen Transparenz. Auf ihrer Landtagshomepage legen die Abgeordneten unter der neuen Rubrik „Gläserne Abgeordnete“ ihre Einkünfte offen. So erfährt man beispielsweise, dass die Grunddiät für alle derzeit 4882,66 Euro beträgt und Anja Siegemund als Fraktionsvorsitzende „eine Funktionszulage, die der Höhe der monatlichen Grunddiät entspricht“, erhält. Der Parlamentarischen Geschäftsführerin Rothe-Beinlich als Vizepräsidentin des Thüringer Landtags werden zusätzlich zur monatlichen Diät 70 Prozent der selbigen ausbezahlt.

Auch die Nebeneinkünfte – sofern vorhanden – der anderen Grünen-Fraktionäre sind nachzulesen. So erhält Frank Augusten als Mitglied des Kreistages Weimarer Land eine Aufwandsentschädigung von 150 Euro im Monat und spendet monatlich an die Landespartei 730,50 Euro.

Bei Carsten Meyer ist zu lesen, dass er nebenberuflich Forstwirt ist, Gesellschafter der Aktiven Akademie 50+ GmbH, Mitglied des MDR-Rundfunkrates und „in diesem Zusammenhang eine Vergütung von 580 Euro pro Monat und 50 Euro pro Sitzung“

erhält. „Zudem beziehe ich ein Ruhegehalt aus meiner Tätigkeit als kommunaler Beigeordneter gemäß des Thüringer Beamtenversorgungsgesetzes“, teilt Meyer mit.

„Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, welche Nebentätigkeiten Minister, Staatssekretäre und Abgeordnete neben ihrem jeweiligen Amt wahrnehmen und wie hoch die dabei erzielten Verdienste beziehungsweise so genannten Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten und Honorare für Vorträge sind“, sagt Rothe-Beinlich klipp und klar. Doch da nach dem Thüringer Ministergesetz, dem Beamten- und Besoldungsgesetz und dem Abgeordnetengesetz bislang keine Pflicht zur Veröffentlichung der Höhe von Nebenverdiensten und der Regelmäßigkeit von Nebentätigkeiten besteht, wird das Volk noch eine Zeit lang auf diese Informationen warten müssen.

Deshalb hat Rothe-Beinlich jetzt zumindest eine Anfrage an die Landesregierung gestellt. Unter anderem will sie wissen, welche Minister und Staatssekretäre derzeit Einkünfte neben ihrer hauptamtlichen Tätigkeit, seit wann, in welcher Höhe und wofür erzielen? Und ob eine Gesetzesinitiative beabsichtigt sei, dass alle Nebentätigkeiten und ehrenamtlichen Vergütungen künftig transparent angezeigt werden müssten.

„Löschung der Daten war rechtswidrig“

Datenschutzbeauftragter kritisiert Geheimdienst

Erfurt. (elo) Thüringens Datenschutzbeauftragter Lutz Hasse wirft dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLFV) bei der Löschung von personenbezogenen Daten, die unter anderem Material über die rechts-extreme Szene enthielten, Rechtsbruch vor.

Alle im Thüringer Archivgesetz genannten Behörden, also auch das TLFV, seien verpflichtet, sämtliche Unterlagen vor der Löschung dem Staatsarchiv zur Übernahme anzubieten. „Nur dort wird darüber entschieden, welche dieser Unterlagen nicht archivwürdig sind und mithin gelöscht werden können“, so Hasse. Das TLFV räume indes ein, diese Rechtslage zu ignorieren und rechtswidrigerweise die Unterlagen zu löschen und gelöscht zu haben.

Das Verfassungsschutzgesetz führe kein Eremitendasein, sondern stehe im Kontext zu anderen Gesetzen, betonte der Datenschützer. Und so gebe es auch überhaupt keinen Zweifel daran, dass das TLFV auch der Geheimhaltung unterliegende Unterlagen dem Staatsarchiv vor deren Löschung anzubieten habe.

Hasse hat sich auch in die jüngste Polizei-Affäre eingeschaltet. Dabei geht es um die Verletzung der Rechte von Landtagsabgeordneten und Journalisten. Seine Behörde werde die umstrittenen Ermittlungen prüfen, sagte er dem MDR. Bei internen Untersuchungen soll die Polizei auch E-Mail- und Facebook-Kontakte zu Landtagsabgeordneten und Journalisten ausgespäht haben (TLZ berichtete). Wenn es dazu keine detaillierte richterliche Anordnung gegeben habe, dann sei das ein Skandal, sagte Hasse.

Am Montag war bekanntgeworden, dass Ermittler auf der Suche nach einem Leak in den eigenen Reihen bei der Überprüfung eines beschlagnahmten Handys eines verdächtigen Beamten auch auf die Nachricht einer Abgeordneten gestoßen waren. Hintergrund war die Weitergabe des Polizei-Einsatzplans für den Papstbesuch im September 2011.

Auf Antrag der Grünen beschäftigt sich heute der Landtag mit dem Fall. Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) kündigte einen Bericht der Landesregierung an.

Klaan fordert offene, strukturierte Analyse

Demografischer Wandel: Forum der Adenauer-Stiftung

Heiligenstadt. Eine „offene und strukturierte Analyse“ zum demografischen Wandel fordert die Staatssekretärin des Thüringer Ministeriums für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Inge Klaan (CDU). Das sagte die gebürtige Eichsfelderin gestern beim 3. Demografiekongress der Konrad-Adenauer-Stiftung in Heiligenstadt. Diese eingeforderte Ehrlichkeit sei die Grundlage für eine „Demografiepolitik mit Augenmaß“.

Dass demografischer Wandel immer sehr negativ besetzt sei, darüber erzielten Klaan und die weiteren Referenten Cornelia Haase-Lerch (stellvertretende IHK-Hauptgeschäftsführerin), Hermann Binkert, Leiter des

Institutes Insa für neue, soziale Antworten, und der Leinefelde-Worbiser Bürgermeister Gerd Reinhardt (CDU), Einigkeit. Beim vom Leiter der TLZ-Lokalredaktion, Fabian Klaus, moderierten Podium diskutierten sie im Anschluss an Fachvorträge vor allem über das Betreuungsangebot für Kinder in Thüringen und wie dieses ausgestaltet werden müsse, damit in Zeiten weniger wachsender Fachkräfte Familie und Beruf vereinbar sind.

Staatssekretärin Klaan sieht den Freistaat insgesamt gerüstet für den anstehenden Veränderungsprozess. Thüringen werde weder aussterben noch untergehen, sagte sie. „Seit 2009 zeichnet Thüringen Wande-



Steht vor einer neuen Herausforderung: Bauminister Christian Carius ist als neuer CDU-Vize vorgese- hen. Der Anstoß dazu kam von Seiten der Partei-Jugend. Foto: Peter Michaelis

Bauminister soll CDU-Vize werden

Junge Union will Verjüngung und Parteipräsidium vergrößern

■ Von Elmar Otto

Erfurt. Stefan Gruhner hat die Diskussion im September ins Rollen gebracht. Ähnlich wie bei den CDU-Kreisvorsitzenden müsse jetzt auch im Landesvorstand ein Verjüngungsprozess einsetzen, forderte der Thüringer Chef des Parteinauwachses Junge Union (JU). Doch die Plätze im engsten Zirkel der Union sind endlich. Bis auf Benno Kaufhold treten alle bisherigen Stellvertreter erneut an. Und der Ex-Landrat dürfte von einem Kommunalen beerbt werden. Gruhner, der in der kommenden Woche 28 wird und dem Saale-Orla-Kreis vorsteht, untermauerte den Führungsanspruch der nächsten Generation deshalb prompt mit einer provokanten Aufforderung zum Verzicht. Er schätze Andreas Trautvetter zwar „sehr“, aber der Ex-Minister solle vielleicht noch einmal über seine Kandidatur nachdenken. Doch so weit muss es gar nicht kommen.

Um dem programmierten Streit aus dem Weg zu gehen, verfiel die JU auf eine Alternatividee: Die Zahl der Vizes soll um einen auf vier erhöht werden. Und für den Posten hat Gruhner

auch bereits einen geeigneten Kandidaten im Auge: Christian Carius. Der Bauminister genieße eine große Anerkennung über Parteigrenzen hinaus, sei „einer der Leistungsträger im Kabinett“, aber gehöre mit seinen 36 Jahren nicht mehr der Jungen Union an. Carius könne damit so etwas sein wie ein „Mittler zwischen den Generationen“, sagt Gruhner. Schließlich gehe es nicht darum, Alt und Jung gegeneinander auszuspielen, sondern sich gegenseitig mit unterschiedlichen Ideen für die künftige Ausrichtung der Partei zu ergänzen.

Der eher moderate Carius dürfte somit als Vize nur schwer zu verhindern sein. Und dessen Position wäre mit einem exponierten Parteiamt gestärkt, nicht zuletzt innerhalb der von Mike Mohring angeführten Landtagsfraktion, der der Minister als einfaches Mitglied angehört.

Der Vorstoß Gruhners, der mit Mohring ein von eher wenig Zuneigung geprägtes Verhältnis pflegt, dürfte dem mächtigen Fraktionsvorsitzenden nicht wirklich passen. Aber echte Alternativen unter den Abgeordneten drängen sich nicht gerade

auf. Und Gruhner geht davon aus, dass er sogar auf die Unterstützung von Parteichefin und Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht zählen kann. Auch wenn die vom aktuellen Präsidium gebeten wurde, bis zur nächsten Landesvorstandssitzung selbst ein Personaltableau vorzulegen.

Bislang scheinen neben dem Kleinschmalkaldener Trautvetter (Südthüringen) und der Eichsfelder Abgeordneten Christina Tasch (Nordthüringen) zwei Plätze gesetzt. Carius stammt aus Sömmerda und würde für Mittelthüringen stehen.

Des Weiteren im Gespräch sind der neue Oberbürgermeister und Ex-Minister Klaus Zeh sowie der im Januar gewählte Landrat des Saale-Orla-Kreises, Thomas Fügmann. Wobei dem Ostthüringer aus landesspezifischem Proporz die besten Chancen eingeräumt werden.

CDU-Generalsekretär Mario Voigt will einer Wahl am dem Parteitag im November in Seebach im Wartburgkreis nicht vorgreifen, sagt aber: „Die Regionen müssen alle vertreten sein.“ Und mit Carius und Fügmann würde „die ganze Breite der Partei sichtbar“.

Land fördert Spitzenforschung

„Pro Exzellenz“ verfügt über 20 Millionen und ist bis 2019 konzipiert

Erfurt. (dapd) Thüringen will die Spitzenforschung von 2015 über ein Landesprogramm „Pro Exzellenz“ fördern. Das bis 2019 laufende Vorhaben habe ein Volumen von 20 Millionen Euro, erklärte jetzt Christoph Matschie (SPD).

Bereits seit 2008 hat der Freistaat mit einem Landesprogramm Forschung für optische Technologien, Biotechnologie, Medizintechnik sowie kulturellen und sozialen Wandel gefördert. Dazu stehen mehr als 50 Millionen Euro bereit. Die För-

derung erstreckt sich zum Teil noch bis 2013. Das neue Programm hat eine kürzere Laufzeit und soll stärker auf Spitzenforschung ausgerichtet sein. Die Ausschreibungsphase beginnt 2013. Aufgerufen sind Forschergruppen und -verbände.

Vogel wird in Erfurt kein Ehrenbürger

Vorstoß der CDU wurde abgelehnt

■ Von Frank Karmeyer

Erfurt. Die Ehrenbürgerschaft der Landeshauptstadt, quasi als ein Geschenk zu dessen 80. Geburtstag am 19. Dezember, wird es für den langjährigen Thüringer Ministerpräsidenten Bernhard Vogel (CDU) nicht geben: Lediglich die CDU-Fraktion hatte sich im Hauptausschuss des Stadtrats dafür eingesetzt – für alle anderen darin vertretenen Fraktionen überwogen die Gegenargumente, so dass es zu einer Abstimmung darüber erst gar nicht kam. Der Gegenwind, der dem Vorschlag zuteil wurde, habe ihn erstaunt und verärgert, sagte gestern Michael Panse, Chef der CDU-Stadtratsfraktion. Dies gebe ihm Anlass, aus der eigentlich nicht-öffentlichen Sitzung zu berichten.

Dass die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Beziehungen in Thüringen erst eines Verfassungsausschusses bedürftig habe, sei von den Gegnern der Ehrenbürgerschaft Vogels ins Feld geführt worden. Ebenso seine unruhliche Rolle, die er bei der Zukunft von Bischofferode gespielt habe. Die Schuldenlast Thüringens habe bei den Gegenargumenten ebenso Bedeutung gehabt wie das Aus der Medizinischen Akademie in Erfurt, für das Vogel Verantwortung trage. Letzteres, so die Kritik Panses, sei die einzige Argumentation mit tatsächlichem Erfurt-Bezug gewesen.

Doch sein Protest habe die Gegner nicht überzeugt. „Ohne Bernhard Vogel hätte es die Neugründung der Erfurter Universität nicht gegeben“, spricht der CDU-Fraktionschef für den Vorschlag. Ebenso wenig wie den Opernhaus-Neubau, dem ersten in Deutschland im neuen



Vorerst kein Ehrenbürger von Erfurt: Bernhard Vogel wird diese Würdigung in der Landeshauptstadt nicht zuteil. Foto: dapd

Jahrtausend, den Vogel vorange- trieben habe. Mit Herz und Kopf sei Vogel bis heute ein Erfurter, so Panse – nicht einfach ein aus- geborgter Politiker aus Rhein- land-Pfalz. „Er hat sich stets für Erfurt reingekniert – daher ärgert mich die ablehnende Haltung besonders“, sagte er.

Die 20 Unterzeichner des Vor- schlags, die die elfjährige Ministerpräsidentenschaft Vogels begleitet haben, würdigen den bald 80-jährigen so: Er habe nie die Belange Erfurts aus dem Blick verloren. „Mit Weitsicht, großem Engagement, hoher Sach- kompetenz und politischem Geschick hat er in außergewöhnlicher Weise die Entwicklung Erfurts mitgeprägt“, heißt es in ihrem Vorschlag. Zu den Unter- zeichnern zählen neben Bürger- rechtler Matthias Büchner und IHK-Ehrenpräsident Niels Lund Christensen auch Erfurts ehemaliger Oberbürgermeister Manfred Ruge sowie die Sportler Hartwig Gauder und Gunda Niemann-Stirnemann.

NACHRICHTEN

Luther-Rose für Baumhauer

Erfurt/Eisenach/Leipzig. (epd) Der Unternehmer Jon Baumhauer erhält die „Luther-Rose 2012 für gesellschaftliche Verantwortung und Unternehmerroutine“. Der 68-jährige Vorstandsvorsitzende des Darmstädter

Chemie- und Pharmaunternehmens E. Merck KG soll die undotierte Auszeichnung am 12. November in Leipzig überreicht bekommen, wie die in Erfurt und Eisenach ansässige Internationale Martin Luther Stiftung jetzt mitteilt.

Neue evangelische Schule

Halle/Erfurt. (epd) Halle soll eine neue evangelische Grundschule bekommen. Start ist voraussichtlich das Schuljahr 2013/14, gab jetzt die in Erfurt ansässige Evan-

gelisten-Schulstiftung in Mitteldeutschland als Träger bekannt. Im Mittelpunkt des reformpädagogischen Unterrichts soll das Erlernen von

Eigenverantwortung, Selbstständigkeit und gesellschaftlichem Denken stehen. Das Schulgeld wird voraussichtlich 100 Euro im Monat betragen.

Die Schulstiftung ist derzeit für 20 Schulen in Thüringen und Sachsen-Anhalt zuständig, an denen mehr als 4100 Schüler unterrichtet werden.

HINTERGRUND

Lieberknecht steht zu Geibert

Akten-Weitergabe verteidigt – Zeuge in Bayern: nichts verheimlicht

Erfurt/München. (dapd) Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht hat ihren Innenminister Jörg Geibert (beide CDU) im Fall der umstrittenen Weitergabe ungeschwärzter Geheimdienstakten an den NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages verteidigt. Die Dokumente seien „gewissenhaft aufbereitet“ worden, sagte sie am Dienstag in Erfurt. Zudem handele es sich nicht um V-Mann-bezogene Akten.

Zudem hätten ihr die Obleute des Gremiums versichert, dass der Freistaat korrekt gehandelt habe. Das Vorgehen liege auch „im Interesse der Aufklärung“, sagte die Regierungschefin weiter. Darüber hinaus verwies sie darauf, dass sich Abgeordnete

etwa der Parlamentarischen Kontrollkommissionen oder der Untersuchungsausschüsse zur Geheimhaltung verpflichtet hätten und sie nicht auf „offenen Marktplätzen“ redeten.

Geibert hatte die ungeschwärzten Akten Ende September nach Berlin übermittelt. Innenpolitiker anderer Bundesländer werfen ihm nun Geheimnisverrat vor und wollen die Akten nachträglich schwärzen lassen. Auch in der Thüringer CDU-Landtagsfraktion gab es an Geibert Alleingang – wie berichtet – Kritik.

Derweil geht im Bund und den Ländern die Aufklärung weiter. Im Untersuchungsausschuss des bayerischen Landtags zur Neonazi-Mordserie hat

sich jetzt ein weiterer Ex-Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen den Eindruck gewandt, dass im dortigen Freistaat zu wenig gegen den Rechtsextremismus unternommen worden sei. Der ehemalige Oberbürgermeister Karlheinz Sager sagte als Zeuge aus, zwar habe nach dem Mauerfall im Jahr 1989 insbesondere die gewaltbereite Skinhead-Szene immer mehr an Bedeutung gewonnen. Dieser Entwicklung habe der Verfassungsschutz aber „Rechnung getragen“.

Sager fügte hinzu: „Wir haben uns sehr intensiv um diese Gruppierungen gekümmert.“ Zum einen seien die Skinheads beobachtet worden, zum anderen habe der Verfassungsschutz die

Polizei in Vorträgen über diese fremdenfeindliche Szene informiert. Sager versicherte zugleich: „Es wurde nichts verheimlicht.“ Über das Entstehen von Rechtsterrorismus in Bayern habe er keine Erkenntnisse gehabt.

Bayern war seit September 2000 Tatort der Hälfte der zehn Morde der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) in Deutschland. Untersuchungsausschüsse zu den Verbrechen gibt es bereits im Bundestag sowie in Sachsen und Thüringen. Die Opposition in Bayern will wissen, warum die Ermittler nicht stärker einen ausländischer Hintergrund der Taten in München und Nürnberg geprüft haben.